REVOLUTION

1917 2017

www.onesolutionrevolution.at

Bildungspolitik von Schwarz-Blau

Schulstreik gegen schwarz-blau

INHALTSVERZEICHNIS

Schulstreik gegen Schwarz-Blau / Seite 4

Wie weiter gegen Schwarz-Blau? / Seite 5

Nationalratswahl / Seite 6

Die Parteien zu Jugend & Bildung / Seite 7

Bildungspolitik von Schwarz-Blau/ Seite 9

Oktoberrevolution 1917 / Seite 10

Wer macht die Revolution? / Seite 12

Wer war Lenin? / Seite 13

#metoo und Causa Pilz / Seite 14

Demokratisches Österreich? / Seite 15

GESCHICHTE

12

Wer war Lenin?

THEORIE

13

Ist eine Revolution möglich?

JUGEND

7

Jugend und Bildung

EDITORIAL

Die letzte Wahl hat Österreich massiv geprägt. Wir müssen damit rechnen, dass die Koalitionsverhandlungen zugunsten einer Schwarz-Blauen Regierung ausgehen, was gleichbedeutend ist mit Verschlechterungen auf verschiedenen Ebenen.

Gleichzeitig findet diesen Herbst das 100-jährige Jubiläum in der Oktoberrevolution in Russland statt. Das 100-jährige Jubiläum eines wenn auch leider sehr kurzen Sieges über den Kapitalismus. Wo die Arbeiter*innenklasse aber besonders auch die Jugendlichen gezeigt haben welche Macht sie besitzen, und dass sie keine Angst haben diese einzusetzen. Deswegen wollen wir die Lehren von damals ziehen, um heute starken Widerstand gegen Kürzungspolitik auf unsere Kosten leisten zu können. Wir setzen uns mit der aktuellen Situation in Österreich auseinander, mit den Forderungen der verschiedenen Parteien, genauso wie mit dem was vor 100 Jahren in Russland passierte.

In Russland war damals zentral, dass es gemeinsame große Organisationen für die Arbeiter*innenklasse und alle fortschrittlichen Kräfte gab. Und genauso wichtig ist es sich heute zu organisieren um gemeinsam zu kämpfen. Komm zu REVOLUTION! Nur gemeinsam sind wir stark!

SCHULSTREIK GEGEN SCHWARZ-BLAU

*Es wird immer klarer. Die nächste Regierung wird von ÖVP und FPÖ gebildet werden. Das bedeutet für Jugendliche konkret einige Verschlechterungen. Zwischen 2000 und 2006 gab es nämlich schon einmal eine schwarz-blaue Koalition, die bei Bildung, Gesundheit und Sozialem eingespart hat. Wir werden genauso mit Einsparungen bei unseren Schulen rechnen müssen, wie mit der Wiedereinführung von Studiengebühren. Lehrlinge werden genauso getroffen werden wie erwachsene Arbeiter*innen. Am schlimmsten werden aber Migrant*innen, Flüchtlinge und Muslim*innen betroffen sein. Grund genug dagegen auf die Straße zu gehen.*

Am Tag X (also am noch unbekannten Tag der Regierungsangelobung von Schwarz-Blau) organisieren verschiedene Gruppen, darunter auch wir von REVOLUTION, einen Schulstreik. Gemeinsam mit anderen linken Bündnissen wird es am Tag X mehrere Demonstrationen und Kundgebungen gegen die schwarz-blaue Sozialabbauregierung geben. Der Schulstreik wird von Landstraße/Wien Mitte aus in die Innenstadt zum Ballhausplatz ziehen. Um möglichst viele Menschen auf diesen Schulstreik zu bringen, musst aber auch du aktiv werden! Sprich dich mit gleichgesinnten Mitschüler*innen zusammen und macht in der Schule auf den Schulstreik aufmerksam. Kommt als ganze Klasse zum Streik! Meldet euch bei uns auf Facebook (fb.com/onesolutionrevolution.at) oder über unsere E-Mail-Adressen revolution@onesolutionrevolution.at und holt euch Sticker und Flyer. Lasst uns gemeinsam dieser Regierung zeigen was wir von ihr halten!

Seit Sebastian Kurz die ÖVP in neuen Farben angestrichen hat und sich FPÖ und die „Liste Kurz" darum streiten wer denn glaubhafter Hetze und Rassismus verbreiten kann, ist klar, dass die FPÖ und ÖVP gemeinsame Sache beim „Schutz des Abendlandes" machen wollen. Die staatlichen Ausgaben sollen um mehr als 10 Milliarden gekürzt werden. Das wird auch unsere Schulen und unsere Bildung betreffen. Seit 2000 gab es immer wieder Angriffe von Seiten der Regierung auf unsere Bildung. 2003 wurden die Stunden bei gleichbleibendem Unterrichtsstoff reduziert. 2009 sollten die Schulautonomen Tage gekürzt werden (das konnte mit massiven Schulstreiks verhindert werden). 2015 wurde eine miserable Zentralmatura über die Köpfe von uns Schüler*innen hinweg eingeführt. Eine schwarz-blaue Regierung wird mit ihrem Sparzwang dieser Reihe an Verschlechterungen in nichts nachstehen und sie mit großer Sicherheit sogar noch weiter verschärfen.

Um von den geplanten massiven Einsparungen Im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich abzulenken spielt die neue Koalition die Karte des Rassismus. Uns soll weiß gemacht werden, dass wir uns die „Wirtschaftsflüchtlinge" nicht mehr leisten können, anstatt das Geld dort zu holen wo es in Unmengen vorhanden ist – bei den Reichen. Uns wird gesagt, dass der Islam nicht zum „europäischen Abendland" gehört, anstatt endlich den Einfluss der katholischen Kirche im österreichischen Staat zu beenden. Wir sollen glauben, dass Flüchtlinge „unsere Frauen" nicht ehren würden, während einem FPÖ Mandatar vorgeworfen wird eine Frau krankenhausreif geprügelt zu haben und FPÖ und ÖVP es ablehnen Abtreibungen aus dem Strafgesetzbuch zu streichen..

Doch wir lassen uns nicht nach Herkunft oder Geschlecht trennen, wir gehen gemeinsam am Tag X gegen diese rechte Regierung auf die Straße. Zeigen wir schon heute, dass wir die kommenden Angriffe der Regierung auf der Straße zurückschlagen wollen und kollektiv für eine gerechte Gesellschaft stehen. Werde gemeinsam mit uns gegen diese Regierung aktiv und schließ dich mit deinen Mitschüler*innen dem Schulstreik an!

WIE WEITER GEGEN SCHWARZ-BLAU?

Wir werden die nächsten Jahre eine schwarz-blaue Koalition bekommen. Das gab es schon von 2000-2006 einmal. Diese damalige Regierung unter ÖVP-Kanzler Schüssel, hat gezeigt wie sehr eine Regierung gegen die Interessen der Bevölkerung vorgehen kann, mehr noch als es SPÖ und ÖVP in den letzten Jahren zusammen geschafft haben. Schwarz-Blau hat Staatsunternehmen privatisiert, Studiengebühren eingeführt, bei den Pensionen gekürzt und zu guter Letzt massive Korruption und Freunderlwirtschaft betrieben (damit beschäftigen sich die Gerichte heute noch). Wir werden mit einer ähnlichen Regierung rechnen müssen, die noch dazu – stärker als 2000-06 – auf die Karte des Rassismus setzen wird. Dagegen braucht es organisierten und massenhaften Widerstand. Proteste gegen die Angelobung, insbesondere ein Schulstreik können ein gutes Startsignal dafür sein.

Ein Schulstreik gegen die Angelobung der Regierung ist gut und wichtig, doch wenn es nur dabei bleibt, wird es als rein symbolischer Protest in Vergessenheit geraten. Sebastian Kurz und HC Strache haben, trotz ihrer ab und an geäußerten Differenzen, doch im Wesentlichen ein und denselben Plan. Sie wollen Österreich wieder fit für den Wettbewerb machen, dafür soll vor allem die Abgabenquote gesenkt werden. Die Abgabenquote ist der Anteil aller Steuern und Abgaben (z.B. Sozialversicherungsbeiträge) gemessen am BIP. Doch was heißt das? Konkret heißt das FPÖ und ÖVP wollen zumindest 10 Milliarden Euro sparen. Das bedeutet massive Einsparungen bei Bildung, Gesundheit und Sozialem. Nur um das in ein Verhältnis zu setzen: Das jährliche Budget beträgt etwas über 70 Milliarden Euro. Es bedeutet also massive Einsparungen bei den Ausgaben des Sozialstaates – bei unserer Bildung, in unserem Gesundheitssystem (die FPÖ meint hier wären sogar 4 Milliarden zu holen) und bei unserem Sozialsystem.

Um dieses Vorhaben zu verhindern braucht es mehr als einen symbolischen Streik, es braucht einen dauerhaften Kampf – gemeinsam mit anderen Schichten der Bevölkerung. Wir müssen uns mit den Studierenden, mit Lehrlingen und mit den Arbeiter*innen und ihren Organisationen verbünden. Vor allem die Gewerkschaften haben immer noch große Kraft in Österreich, wenn sie nur dazu gewillt sind auch in Aktion zu treten. Doch ihre sozialdemokratische Führung verabscheut nichts mehr als den offenen und ehrlichen Kampf. Wir müssen Druck aufbauen um sie in Bewegung zu bringen. Es wird nicht einfach eine starke Front gegen die neue Regierung aufzubauen, aber wir müssen beharrlich sein und im Kleinen anfangen. Wir müssen in unseren Schulen anfangen Mitstreiter*innen zu gewinnen, wir müssen uns gemeinsam organisieren. REVOLUTION ist eine unabhängige, kommunistische Jugendorganisation und wir sind aktiv gegen die neue Regierung, gegen Rassismus und Sexismus sowie gegen den Kapitalismus als Ganzes.
Innerhalb der Bewegung gegen Schwarz-Blau treten wir für folgende Forderungen ein:

Kampf dem Sozialabbau:
» *Kampf jeglichem Sozialabbau. Keine Kürzungen bei Bildung, Gesundheit und Sozialem.*
» *Keine Kürzungen bei der Mindestsicherung, weder bei Flüchtlingen noch bei Menschen mit österreichischen Pass.*
» *Holt das Geld dort wo es ist. Massive Besteuerung auf Reichtum und Kapital.*
» *Für einen umfangreichen Ausbau des Bildungssystems, sowie eine Modernisierung des Unterrichts.*

Gleiche Rechte für Alle:
» *Schluss mit der Hetze gegen Flüchtlinge und Muslim*innen.*
» *Gegen Abschiebungen von unseren Mitschüler*innen und allen anderen!*
» *Verteidigt Frauenrechte, für das Recht auf Abtreibung und Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen!*

Gegen die Regierung der Kapitalist*innen:
» *Weg mit dieser Regierung im Interesse der Kapitalist*innen. Für die Organisierung von Aktionskomitees in Schulen, Unis und Betrieben um den Widerstand zu organisieren.*
» *Rücknahme aller Privatisierungen der letzten Jahre und Jahrzehnte. Verstaatlichung der großen Banken und Konzerne unter Arbeiter*innenkontrolle.*
» *Weg mit diesem System aus Ausbeutung und Unterdrückung. Revolution gegen den Kapitalismus!*

NATIONALRATSWAHL

Die Nationalratswahl ist geschlagen. Die Ergebnisse waren wenig überraschend, aber trotzdem bestürzend. Wir sehen in Österreich wie in ganz Europa einen klaren Rechtsruck, einen Sieg der ÖVP die unter Sebastian Kurz so weit rechts steht wie schon lange nicht. Wenn FPÖ-Obmann Strache sagt fast 60% der österreichischen Bevölkerung hätten das FPÖ-Programm gewählt hat er leider nicht ganz Unrecht.

Noch-nicht-Kanzler Kurz hat sich innerhalb der Partei extrem weitreichende Befugnisse gesichert und ein extrem rechtes Wahlprogramm durchgesetzt, doch viele haben ihn nicht deshalb gewählt. Unzählige Menschen sehen in ihm die Hoffnung auf neuen Wind, sie sehen endlich einmal ein neues und junges Gesicht. Sie übersehen dabei, dass er das längstdienendste Regierungsmitglied in Österreich ist. Dass die ÖVP keinen frischen Wind bringt, sondern wenn überhaupt den eisigen Wind von Sozialabbau und Rassismus. Natürlich darf man sich nicht dem Irrglauben hingeben 31,5% wüssten nicht was sie tun. Viele haben die ÖVP genau wegen dem gewählt was sie zu tun versprechen.

Auch bei den FPÖ-Wähler*innen gibt es sicher welche die „den großen Parteien einen Denkzettel erteilen" wollten. Doch auch sie müssen zumindest bewusst den Rassismus den sie wählen akzeptieren. Und auch der Glaube die FPÖ wäre „die Partei des kleinen Mannes" kann nur bei jenen bestehen bleiben, die sich nie mit ihrem Programm auseinandergesetzt haben.

Der größte Sieg der SPÖ ist, dass sie nicht auf Platz 3 gerutscht ist und sogar 0,1 Prozentpunkt dazugewinnen konnte. Dafür bezahlt hat sie mit Anpassung an den rassistischen Kurs von FPÖ und ÖVP und dem Verrat an allem wofür sie stehen sollte. Intern zerfleischt sich die SPÖ gerade selbst um die Frage ob eine Koalition mit der FPÖ vertretbar wäre, während Kurz versucht Marionettentheater mit dem SPÖ-Vorsitz zu spielen.

All das ist ein Ausdruck des europäischen Rechtsrucks der auch in Österreich klar erkennbar ist. Entsprechend diesem Rechtsruck werden wir wohl auch eine Regierung aus FPÖ und ÖVP bekommen. Eine Koalition die offenen Rassismus betreibt und ein rückschrittliches Frauenbild propagiert. In deren Programmen klar erkennbar ist, für wen sie Politik machen, nämlich für die Reichen und die Unternehmen, nicht für uns. Bei ihrer Regierung 2000-2006 haben sie das auch klar bewiesen. Diese Jahre bedeuteten für Jugendliche eine Steigerung der Jugendarbeitslosigkeit, einen Lehrstellenmangel, Kürzungen bei Schulen und Unis, Lehrermangel, Baumängel, riesige Klassen und Studiengebühren.

"Der größte Sieg der SPÖ ist, dass sie nicht auf Platz 3 gerutscht ist und sogar 0,1 Prozentpunkt dazugewinnen konnte. Dafür bezahlt hat sie mit Anpassung an den rassistischen Kurs von FPÖ und ÖVP und dem Verrat an allem wofür sie stehen sollte."

Gegen diese Politik die uns droht hilft nur gut organisierter Widerstand. Die Mehrheit der Bevölkerung, Jugendliche und Arbeiter*innen zusammen, haben viel mehr Macht als die Politiker*innen. Doch dazu müssen wir uns zusammenschließen. Wir dürfen uns nicht durch Rassismus, Sexismus, etc. spalten lassen. Mit Großdemonstrationen, Streiks und Solidarität untereinander können wir Druck auf die Politik machen. Deshalb ist es gerade jetzt besonders wichtig sich zu organisieren. Es ist wichtig eine antikapitalistische Perspektive aufzuzeigen, die die einzige reale Alternative zu der stetigen Einsparungspolitik darstellt.

Kein möglicher Wahlausgang hätte eine reale Alternative zu dem ungerechten kapitalisitischen System geboten. Doch dieser Ausgang hat Tür und Tor geöffnet für Sozialabbau, Kürzungen, Umverteilung von unten nach oben, Rassismus, Sexismus und Homophobie. Wir sehen bereits jetzt Tag für Tag einen Anstieg rassistischer (insbesondere antimuslimischer gegen Frauen gerichteter) Übergriffe. So wie es auch in den USA nach der Wahl von Trump oder in Großbritannien nach dem Brexit war, so führt auch jetzt der Rechtsruck bei den Wahlen dazu, dass sich rückschrittliche Subjekte offener Aufzutreten trauen, und das dem auch tatsächlich weniger entgegengesetzt wird.

Jetzt sind wir dran! Wir müssen uns organisieren! Wir müssen uns solchem Verhalten gleichermaßen in der U-Bahn wie im Parlament entgegenstellen! Es geht um unsere Zukunft! Es geht um unser Leben! Wir müssen und werden jetzt darum kämpfen!

WAS WOLLEN DIE PARTEIEN FÜR JUGEND UND BILDUNG?

*Die Wahlen sind entschieden und unzählige Jungwähler*innen durften erneut ein Kreuzchen bei den Menschen machen, von denen sie hoffen ver-, und in der Realität vermutlich zertreten, werden. Junge Menschen sind die Basis für die Politik und die Zukunft wie es so oft schön heißt.*

Trotzdem ist ihre Relevanz in den Parteiprogrammen marginal. Das hängt vermutlich stark damit zusammen, dass Kinder und Jugendliche einen nicht irrelevanten Zeitraum selbst nicht wählen dürfen und deshalb oft hinter größere Wahlberechtigte Gruppen z.b. Pensionist*innen zurückfallen, was Wahlversprechen u.ä. angeht. Doch ist es immer wieder erschreckend, feststellen zu müssen, dass es eigentlich keine Partei gibt, die tatsächlich die Interessen der Jugendlichen vertritt.

Die Bildungs- und Jugendpolitik der ÖVP ist durch ihre lange Regierungsbeteiligung schon etwas bekannter. Traurigerweise zeichnet sie sich speziell durch Stillstand und ein rückschrittliches Familienbild aus. Sie stellen sich gegen die Gesamtschule oder Konzepte wie die Ganztagsschule und damit gleichzeitig gegen Chancengleichheit und die Entlastung (zumeist) der Frauen, die ohne Ganztagsschule länger nicht oder nicht Vollzeit an den Arbeitsplatz zurückkehren können. Mit ihrem neuen Image setzt die „Neue" Volkspartei anscheinend noch weniger auf das Thema Jugend. Es findet sich kein Absatz in ihren Prinzipien nur ein Lippenbekenntnis zu besserer Ausbildung. Dementsprechend erstaunlich stark stehen aber die Fragen von Integration im Bildungswesen im Mittelpunkt. Ein extra Kindergartenjahr zum Deutsch lernen, eigene Deutschklassen und ein neues Schulfach „Staatskunde" soll den Einstieg für Menschen mit Migrationshintergrund in das Schulleben leichter machen, tatsächlich aber führt es vermutlich gerade zur Isolierung. Des weiteren setzt sich die neue Volkspartei für die Erhaltung des „differenzierten" Schulsystems ein und beachtet nicht, welche sozialen und wirtschaftlichen Faktoren zur Wahl einer Schule führen und inwieweit das Chancengleichheit verhindert. Undurchlässigkeit im Bildungssystem ist ein reales Problem und führt dazu, dass weniger Leute von ihrem eigenen Bildungshintergrund wegkommen können.

Die Blauen setzen ebenfalls einen Schwerpunkt auf Migration, hierbei aber nicht einmal auf Schein-Integration wie es die NVP tut. Ganz klar wird kommuniziert, dass Kinder mit „nicht ausreichenden Deutschkenntnissen" (wobei nicht definiert ist, was das bedeutet) keinen Platz im hiesigen Schulsystem haben. Ähnlich wie die NVP setzen sie auf das „bewährte differenzierte Schulsystem" und gegen das Konzept der Gesamtschule. Spannenderweise ist der freie Hochschulzugang für „Österreicher" auch im Programm, die letzte Einführung von Studiengebühren geschah unter

Blau-Schwarzer Regierung. Neben der Ablehnung von allen Forderungen die Schulen inklusiver machen und die Chancenungleichheit verringern, setzt die FPÖ, wie eh und je, auf Rassismus.
Die Neos setzen dafür auf starke Schulautonomie, was leider in vielen Fällen, wegen fehlender Mittel zu Privatisierungen oder zumindest zu enormen Unterschieden der Schulstandorten führt. Autonomie ist kein Allheilmittel gegen chronische Unterfinanzierung es gibt der Schule nur mehr Möglichkeiten diese Unkosten auf Schüler*innen und Lehrkörper abzuwälzen. Auch stehen sie für eine Einführung der Studiengebühren um die Universitäten „qualitativ zu verbessern". Es gibt auch kaum eine motivierendere Vorstellung als verschuldet ins Arbeitsleben starten zu müssen, wo man momentan ohnehin um jeden Posten kämpfen muss.

Anzumerken ist, dass die Bildung immer nur einen kleinen Teil der Programme ausmacht, speziell bei den rechten Parteien, die außer mehr rassistischen Maßnahmen eigentlich keine Erneuerungen fordern. Schwerwiegend ist auch, dass die jugendspezifischen Inhalte sich auf Ausbildung beschränken und sonst eigentlich kaum Themen aufgegriffen werden, die Jugendliche wirklich beschäftigen.
Die SPÖ mit ihrem Plan A legt auch einigen Wert auf das Thema Bildung. Mit den Stichwörtern Chancengleichheit und Digitalisierung sind zumindest positivere Begriffe ein Schwerpunkt. Leider sind die Pläne zur Umsetzung nicht sonderlich neu und auch nicht unbedingt innovativ. Das Konzept neuer Schulmodelle wie z.b. der Gesamtschule bleiben fast unerwähnt. Die SPÖ scheint sich stärker auf ihre Wurzeln zu besinnen und beachtet Lehrlinge stärker in ihrem Wahlprogramm, mit besserer Lehrlingsentschädigung, gratis Führerschein und Verbesserung der Zugang zur Matura. Leider sind die Forderungen noch etwas flau und würden mit großer Wahrscheinlichkeit auch bei einer Regierungsbeteiligung der SPÖ untergehen.
Die Grünen schmücken sich dafür mehr mit vergangenen Taten. Die Erhöhung der Stipendien und der Mittel der Universitäten um 1,35 Milliarden € schrieben sie sich fett auf ihr Wahlprogramm. Das ist sicher auch keine schlechte Sache (obwohl nicht allein der Verdienst der Grünen), aber eben auch keine fundamentale Lösung sondern eher eine bittere Notwendigkeit. Tatsächlich setzen sich die Grünen im Bildungswesen für eine inklusive Sprachförderung anstatt eigener Deutschkurse und den Ausbau der Ganztagsschulen sowie der Gesamtschule ein, was ein klareres Differenz zu Kurz und Co. aufmacht als es die SPÖ in diesem Gebiet schafft. Trotzdem bieten auch die Grünen keine Alternative, haben sie doch immer wieder bewiesen, dass ihre Lifestyle Politik immer vor ihren fortschrittlichen Forderungen kommen wird.
Die KPÖ+ greift ähnliche Forderungen auf, eine Spur glaubwürdiger vielleicht noch und ist die einzige Partei die sich gegen die Farce der Schulautonomie äußert. Leider verlauft sich das Programm in einigen leeren Phrasen bezüglich Bildung, die für viele Leute nicht den Kern treffen.
Abschließend muss gesagt werden, dass einige Ideen und Zugänge gute Ansätze für ein Verbesserung des Schulklimas und des Unterrichts sind. Leider kratzen sie nur an der Oberfläche. Für eine wirklich selbstbestimmte, faire und gute Ausbildung müssen wir noch etwas mehr tun. Wir müssen uns gegen Kürzungen und Verschlechterungen wehren, eigene Organisationen aufbauen und unsere Stimmen einbringen. Wir sollten ein Mitspracherecht bei unserer Bildung haben, derzeit entscheiden mehrheitlich Menschen, die die Probleme an den Schul- und Lehrstandorten gar nicht kennen. Wir müssen eine Perspektive für ein besseres System aufzeigen, denn im Kapitalismus wird Bildung immer primär Ausbildung sein und der Mensch mehr nach seiner Arbeitskraft als nach seinem Können und seinen Fähigkeiten bewertet. Solange wir in einem System leben in dem Produktivität über den Bedürfnissen von Menschen steht, werden wir niemals zu einem Punkt kommen Bildung gestalten zu können, wie sie eigentlich gehört: Zugänglich für alle, ohne Leistungsdruck und mit fast unbegrenzten Möglichkeiten.

WAS BRACHTE SCHWARZ-BLAU FÜR JUGEND UND BILDUNG?

Obwohl es viele Leute scheinbar vergessen haben, muss sich der Sozial- und Bildungsbereich immer noch von der schwarz-blauen Regierung 2000-2006 erholen. Es ist schwer zu bewerten was mehr Probleme verursacht habt – die Versäumnisse der Regierung oder ihre tatsächlich durchgeführten Reformen.

Vor allem im Bildungsbereich, der Jugendliche bekanntlich stark betrifft, waren die umgesetzten Projekte eigentlich immer zu ihrem Nachteil. Die Einführung der Studiengebühren war 2001 ein Schritt in Richtung stärkerer Trennung im Bildungssystem nach Vermögen. Österreich liegt im OECD-Schnitt ohnehin sehr weit oben, was soziale Selektion in der Bildung angeht. Elisabeth Gehrer (ÖVP, Bildung) und Elisabeth Sickl (FPÖ, soziale Sicherheit und Generationen) standen stellvertretend für den Stillstand im österreichischen Schulsystem. Konzepte wie die Neue Mittelschule oder die Ganztagsschule wurden kaum diskutiert, hätte es die Regierung länger gegeben und vielleicht eine stärkere Verankerung auf Landesebene existiert, so wären auch im Schulwesen Gespräche über Privatisierung keine Frage gewesen. Die Frage von Migration war auch damals ein Aufhänger der FPÖ. Verstärkt durch Fluchtbewegungen wird sich die FPÖ nah an ihrem ursprünglichen Programm von eigenen, isolierten Klassen für Migrant*innen, Deutschkurse auf eigene Kosten und Verbot des Sprechens der eigenen Muttersprache in der Schule, halten. Aber allein auf Basis von vergangen Ausrichtungen der beiden Parteien ist natürlich nicht komplett abzuleiten wie sie sich in einer neuen Regierungsperiode verhalten würden, sollten sie erneut koalieren. So könnte man ja behaupten die korrupten Elemente seien mit Karl-Heinz Grasser und die extrem Rechten mit Jörg Haider aus den Parteien verschwunden. Tatsächlich bieten aber die heutigen Programme der ÖVP sowie der FPÖ keine Verbesserung zu ihren rassistischen, sexistischen, ausschließenden und allein den Reichen dienenden Praktiken in der Realpolitik 2000.

Die Programme, der ÖVP und FPÖ gleichen sich in zahlreichen Punkten. Einig sind sich beide Parteien was die Finanzierung des Schulwesens angeht, es soll staatliche und private Schulen geben. Angeblich soll dadurch auf die einzelnen Bedürfnisse der Lernenden eingegangen werden, real wird nur sichergegangen das Kinder aus reichen Familien Zugang zu bestmöglichen Bildung haben. Besonders hervorgehoben wird das im Bildungsprogramm der ÖVP, die sich für Studiengebühren und flächendeckende Zugangsregelungen einsetzen. Wer sich das Studium dann nicht mehr leisten kann, soll sich auf ein Stipendiensystem verlassen. Auch über das Beherrschen der deutschen Sprache als Voraussetzung für Bildung sind sich beide einig, jedoch ist in keinem der beiden Programme etwas darüber zu lesen wie dies erreicht werden soll. Oft zu lesen ist auch von auf die Wirtschaft ausgerichteter Bildungspolitik. Das heißt je nach dem in welcher Branche Arbeiter*innen gebraucht werden fördert der Staat bestimmte Lehrstätten. Das widerspricht dem Grundgedanken, der von beiden Seiten stets geheuchelt wird, nämlich chancengleiche Bildung für Jugendliche. Nur wenn Bildung verstaatlicht wird ist es möglich Wirtschaftstreibende und deren Interessen von unserer Bildung fern zu halten. Unter den von FPÖ und ÖVP geäußerten Bedingungen ist kein Umfeld ohne Diskriminierung sexistischer, religiöser oder auf die Herkunft bezogener Art möglich. Im FPÖ Programm ist auch von Bildung zu lesen die sich „jeder ideologischer Bevormundung enthalten soll". Eine Aussage die, wenn auch unrealistisch, eigentlich unterstützenswert ist, wenn nicht klar wäre was die FPÖ damit meint. Nur eine ausschließlich antikapitalistische Gesellschaft kann es schaffen wirkliche Chancengleichheit und eine fairen Start in das Arbeitsleben zu garantieren. Statt Wirtschaftswachstum sollte Schule die Interessen und Talente des Einzelnen stärken!

Ex-Miniserin Elisabeth Gehrer

OKTOBERREVOLUTION – WAS WAR LOS 1917?

Wir leben im Jahr 2017. Als Jugend der Krise, stellt uns die Gegenwart vor enorm unsicher scheinende Zeiten.

Unsere Lebensgrundlage wird kaputt gespart, die Zukunft die wir sehen ist unsicher, Kriege und Konflikte werden nehmen zu, rassistische und rechte Kräfte gewinnen immer mehr Macht und Zulauf und versuchen uns voneinander zu trennen um unsere gemeinsame Perspektive für eine bessere Zukunft zu schwächen. Gleichzeitig wird uns gesagt wir haben glücklich zu sein und sind angeblich selbst verantwortlich für unser Glück in dieser Welt. Wieso sollten wir uns im Zeitalter von iPhones, Facebook, Internet und anderen Technologien noch mit etwas beschäftigen was schon 100 Jahre her ist und überhaupt mit so etwas wie der Oktoberrevolution. Ein Teil der Geschichte den wir in der Schule sowieso kaum lernen, also nicht wichtig sein kann für unsere Zukunft der Lohnsklaverei?

Die Oktoberrevolution 1917 war einer der wichtigsten Momente der Geschichtsschreibung und Menschheit, nicht nur weil im Zuge der Oktoberrevolution das unterdrückerische kapitalistische Ausbeutungssystem gestürzt wurde und es die ganze weitere Aufteilung der Welt bis heute beeinflusst hat. Sondern auch weil es zeigt, dass die normalen Leute, die arbeitenden Menschen der Welt, die einem Staat, einem Zaren, einem Militär gegenüberstehen diese auch besiegen können. Es zeigt, dass es nicht, wie wir im Geschichtsunterricht meist lernen, Könige und Königinnen, die Herrschenden, die Präsidentinnen und Präsidenten sind die Geschichte schreiben sondern wir. Auch damals haben sicher Leute gesagt „Die Monarchie ist nicht das beste System, aber das einzige das funktioniert. Was können wir schon tun?", auch damals erschien die Ordnung als etwas was für weitere Jahrhunderte festgeschrieben stand. Trotzdem hat der Willensdrang der arbeitenden Menschen und ihr Hass auf ein Leben voller Ausbeutung, Armut und Krieg sie dazu gedrängt nicht mehr einfach nur zu schlucken und zu akzeptieren sondern ihr Glück und Leben in die eigene Hand zu nehmen und dem System der Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende zu setzen. Sich nicht mehr als Kanonenfutter gegen andere Ausgebeutete und Unterdrückte für die Interessen reicher Menschen in den Tod schicken zu lassen.
Im Schulunterricht oder den Medien gibt es meist zwei Herangehensweisen: entweder man lernt dazu nichts, oder die Geschichte wird verfälscht. Aber warum? Klassischer Geschichtsunterricht bringt uns Geschichte als etwas abstraktes bei, losgelöst von unserem heutigen Leben. Geschichte wird von Siegern geschrieben, von Monarchen, Herrschern, Generälen und Präsidenten. Uns wird lieber die Geschichte Cäsars, der Monarchenfamilien, der Staatsführer*innen beigebracht als die Lebensrealitäten der Sklav*innen und deren Aufstände, die der Bauern, die unter der Monarchie litten, oder der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Kämpfe beigebracht. In der kapitalistischen Geschichtsschreibung sind es eben diese Leute, die angeblich Geschichte machen, und nicht die da unten, nicht wir. Und wenn einmal das Aufbegehren, der heldenhafte Widerstand der Unterdrückten durchgenommen wird, dann immer mit dem Verweis dass die Revolutionen gescheitert sind. Die französische Revolution hätte ihre Kinder gefressen, die russische Revolution hat in einer Diktatur geendet. All das um ja nicht den Anschein zu erwecken, dass die arbeitenden Menschen, die normalen Leute, Jugendichen und Unterdrückten jemals etwas zum besseren ändern könnten. Weil wer jungen Menschen beibringt sie könnten etwas an den Umständen in ihrem Leben ändern läuft zwangsläufig Gefahr, dass sie dies auch versuchen. Und klarerweise wollen das die Menschen nicht, die von diesem System, das auf der Ausbeutung der arbeitenden Menschen, auf Krieg und Unterdrückung aufbaut profitieren.

Denn auch wenn uns die Welt als etwas Unveränderliches dargestellt wird, auch wenn uns gesagt wird: wir sind klein und können eben nichts ändern, wir haben keine Macht etwas zu bewirken, zittern die Kapitalist_innen am meisten davor, dass wir uns unserer eigenen Stärke und Macht bewusst werden. Denn wer arbeitet in den Unternehmen und Fabriken? Wer bearbeitet das Land und schafft Nahrung? Wer schafft die Profite für das Kapital? Wer blutet in den Kriegen für Macht und Wirtschaftsinteressen? Wer muss diese Länder verlassen? Wen treffen die Bomben? Wer leidet unter dem jetzigen System? Wir. Die absolute Mehrheit der Weltbevölkerung. Und wenn wir die Einsicht erlangen, dass die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft ohne uns nicht funktionieren kann und wir uns zusammenschließen und organisieren, wer kann dann diesem System ein Ende bereiten? Wir.

Diese Erkenntnis soll bestmöglich unterdrückt werden. Hier kommt die zweite Herangehensweise zu tragen. Wenn nämlich über die Oktoberrevolution geschrieben wird, dann wird versucht sie in der Tradition bürgerlicher Geschichtsschreibung als Putsch darzustellen. Für das Kapital ist es gar unvorstellbar, dass die Menschen selbst auf die Straße gegen den Zaren und gegen den Kapitalismus gegangen sind, sondern es war eine Verschwörung der Bolschewiki die sich über den Frust der Bevölkerung an die Macht gebracht hätten um dort ihr Terrorregime aufzubauen. Und die die sich beteiligten seien einfach verblendet gewesen von diesen linksextremen Schwätzern. Ähnlich wie sie versuchen den Faschismus durch die Redegewandtheit Hitlers zu erklären. Die Masse der arbeitenden Menschen sind dabei immer nur dumme Schafe die nachlaufen keine handelnden Menschen, weil dass ist was überhebliche Kapitalist*innen von uns denken, das ist wie sie uns haben wollen und wie sie uns behandeln, wie eine dumme, willenlose Herde. Mit der Realität hat all das wenig zu tun.

In Wirklichkeit hat sich in der Oktoberrevolution der schlimmste Albtraum der Herrschenden verwirklicht. Die Masse der arbeitenden Menschen hatte genug davon zu Hungern, um eine Adelsfamilie auszuhalten, genug davon für ihre Kriege ermordet zu werden und genug davon ihr Leben lang geknechtet und für Profit ausgebeutet zu werden. Russland war ein vor allem agrarisches Land nicht vergleichbar mit den Wirtschaften Englands oder Deutschlands, daher war auch die Revolution für die Kommunist*innen eine Überraschung. Marx hatte immer eine Revolution in einem industrialisierten Land beschrieben. Doch die Arbeitenden Massen Russlands hatten genug von ihrem Schweineleben und waren mit der Hilfe der Bolschewiki willig nicht für einen Krieg der Reichen Blut zu lassen sondern einen Krieg gegen die Reichen zu führen. Dies taten sie auch und schlugen dem internationalen Kapital, ihren Ausbeutern und dem Zaren mit der geballten Faust des Proletariats mehr als eine blutige Nase. Die Arbeitenden erhoben sich und nahmen in Form von Räten, also von unten nach oben organisierter Demokratie die Macht an sich und bereiteten sich vor diese zu verteidigen. Mit dem Umsturz wurde die Befreiung nicht nur der Klasse sondern auch enorme Rechte für Unterdrückte verwirklicht, das Recht auf Scheidung, wichtige Frauenrechte, die Legalisierung der Homosexualität usw. Russland zog sich aus dem ersten Weltkrieg zurück und appellierte an ihre Brüder und Schwestern in allen Ländern die Waffen nicht gegeneinander zu richten sondern auf ihre Ausbeuter. Die erhoffte Ausbreitung der Revolution blieb leider aus, und ebnete somit der wirtschaftlichen Isolation und politischen Degeneration Russlands den Weg. Die revolutionären Aufstände wie in Ungarn wurden niedergeschlagen, die Deutsche Revolution blieb aus und die Arbeiter*innen anderer Länder wie auch in Österreich wurden mit Zugeständnissen gekauft um nicht gegen ihre Unterdrücker aufzustehen. Die geballte Macht der imperialistischen Ländern griff die höchste Gefahr für sie, die siegreiche Revolution, an und es folgten Jahre des Krieges gegen die geballte Macht des Kapitals. Nun ist mit der Zeit die Revolution degeneriert und die Revolutionäre und Sowjets wurden durch Bürokratie ersetzt. Nichtsdestotrotz ist es eines der wichtigsten historischen Ereignisse der Weltgeschichte denn es zeigt eins: eine Arbeiter*innenklasse die es wagt aufzustehen und zu kämpfen ist mächtiger als jedes kapitalistische Dreckssystem. Die Gesellschaft die uns einredet ohnmächtig zu sein tut das weil sie Angst vor unserer Macht und Stärke hat.
Für uns gilt es uns dieser Stärke bewusst zu werden und gemeinsam gegen die herrschende Ausbeutung, Kriege, Vertreibung und Unterdrückung aufzustehen und noch einmal die Kapitalist*innen aller Länder zittern zu lassen.

Lang lebe die russische Revolution!

FÜR EINE REVOLUTION DER ARBEITER*INNENKLASSE?

Viele Menschen halten die Idee des Sozialismus oder manchmal sogar des Kommunismus für prinzipiell ganz nett, aber die Praxis hätte dann doch gezeigt, dass es sich dabei um nicht umsetzbare Konzepte handelt.

Als Argument wird dafür oft auch angeführt, dass die traditionelle Industriearbeiter*innenschaft, die 12,14 oder 16 Stunden in dunklen, stickigen Fabrikshallen des 19. Jahrhunderts gearbeitet hat, heute nicht mehr existiert. Auch die Idee einer erfolgreichen sozialistischen Revolution ist daher für viele ein Wunschdenken von idealistischen Wirrköpfen. Doch als marxistische Organisation geht es uns nicht darum irgendwelchen Utopien nachzurennen, sondern die realen gesellschaftlichen Umstände und die Probleme der Menschheit zu analysieren und daraus aufbauend eine Änderung der Verhältnisse abzuleiten.

Natürlich ist es klar, dass sich die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation in vielen Ländern im letzten Jahrhundert recht stark geändert hat. Viele westliche „Industrie"-Staaten wurden immer mehr zu sogenannten Dienstleistungsgesellschaften, wo nicht mehr die Produktion von Gütern in Fabriken, sondern eben Dienstleistungen im Mittelpunkt stehen. Doch für Marxist*innen ist die Arbeiter*innenklasse nicht einfach nur die Menschengruppe, die in einer Fabrik arbeiten und riesige Maschinen bedienen muss. Vielmehr besteht die Arbeiter*innenklasse – kurz gesagt – aus jenen Menschen, die gezwungen sind für ein Unternehmen arbeiten zu gehen. Das heißt ob man jetzt in einem Friseursalon, einem IT-Unternehmen oder im Supermarkt arbeitet ist egal, vielmehr ist die relevante Frage, ob man selbst sogenannte Produktionsmittel – Maschinen, Gebäude, etc. – besitzt. Auch die Idee, dass die klassische Indsutriearbeiter*innenschaft so nicht mehr existiere ist auch nur für eine begrenzte Anzahl an Ländern gültig, in Asien, Afrika und Südamerika gibt es heute hunderte Millionen von Industriearbeiter*innen.

Natürlich ist zum aktuellen Zeitpunkt die Mehrheit der Arbeiter*innenklasse nicht revolutionär gesinnt und hegt sehr oft auch dazu noch reaktionäre Vorurteile. Als Marxist*innen orientieren wir uns aber nicht auf die Arbeiter*innenklasse wegen ihres aktuellen Bewusstseins. Vielmehr ist die relevante Frage wer im heutigen Gesellschaftssystem sowohl die Möglichkeit als auch ein objektives Interesse hat um dieses System zu stürzen. Die Arbeiter*innenklasse hat durch ihre Stellung in der Produktion die Möglichkeit mittels Streiks, Fabriksbesetzungen und ähnlichem den Kapitalismus in seinem Herzen zu treffen – in der Erwirtschaftung von Profit. Dadurch lassen sich wichtige Reformen und Verbesserungen gegen die Kapitalist*innen durchsetzen. Aber ein großer Streik – insbesondere ein Generalstreik – kann auch hilfreich für den Sturz des Kapitalismus sein. Die Arbeiter*innenklasse produziert für die Kapitalist*innen und diese verdienen an ihr, deshalb hat die Arbeiter*innenklasse ein objektives Interesse daran dieses Ausbeutungsverhältnis zu beenden.

Das letzte Jahrhundert hat immer und immer wieder gezeigt, dass eine grundlegende Änderung dieser kapitalistischen Verhältnisse nicht einfach durch Reformen erreicht werden kann. Vielmehr ist es notwendig den bürgerlichen Staat zu zerschlagen und durch eine neue, höhere Form der Demokratie, einer Rätedemokratie zu ersetzen. Auch der Kapitalismus hat nicht immer existiert und ist in vielen Ländern durch eine Revolution erst möglich geworden (wie in Frankreich durch die französische Revolution). Es ist deshalb etwas absurd zu glauben, dass der Kapitalismus, anders als alle Gesellschaften vor ihm, eine ewige Existenz hätte. Deshalb brauchen wir auch heute eine sozialistische Revolution, die Unterdrückung, Ausbeutung und ökologische Katastrophe abschafft und durch die, direkte demokratische Mitbestimmung der Mehrheit in deren Interesse organisiert ist.

WER WAR LENIN?

LENIN

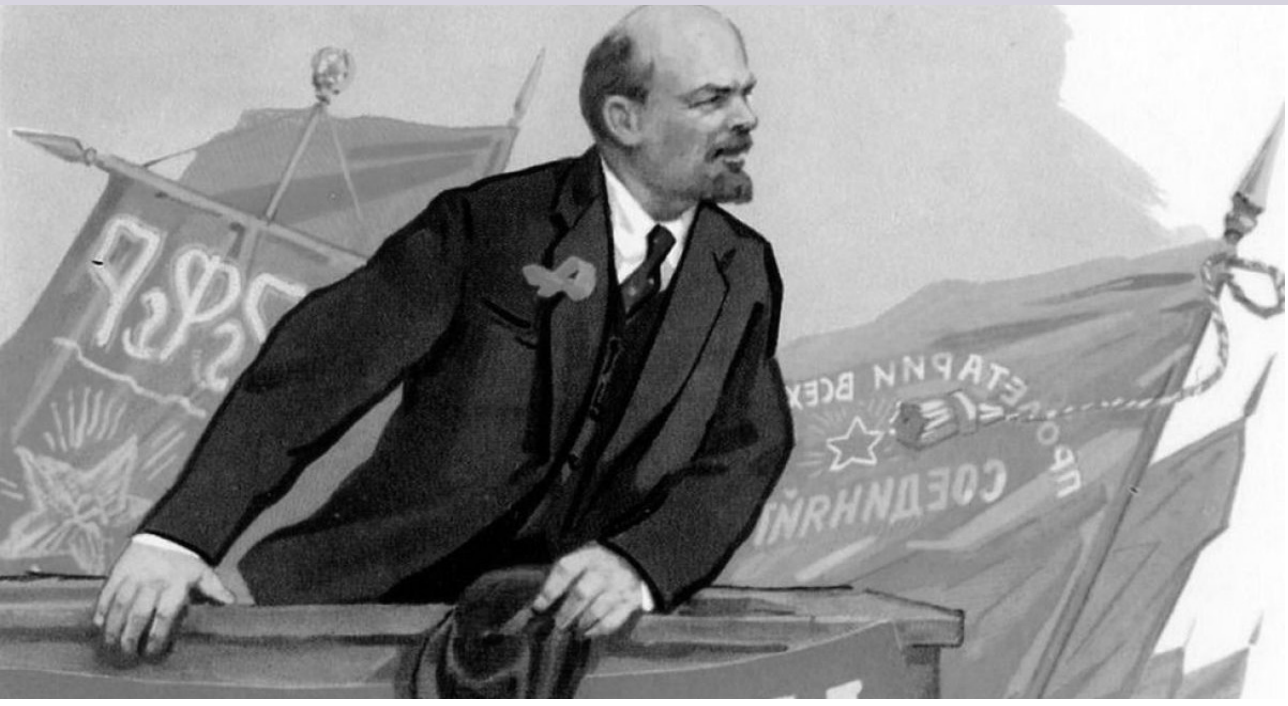
Ein Name, den man bestimmt schon mal gehört hat, entweder halb verschlafen im Geschichtsunterricht oder wenn man verkatert durch irgendwelche Geschichtsdokus im Fernsehen zappt. Vladimir illjitsch Uljanov, besser bekannt als Lenin, war vermutlich einer der einflussreichsten Männer seiner Zeit.

Lenin wurde im April 1870 in Russland geboren. Das damals zaristische Regime war geprägt von einer mangelnden Industrialisierung und schlechten Arbeitsbedingungen, sowie einer großen ländlichen Bevölkerung. Diese Umstände, sowie die Hinrichtung seines älteren Bruders, der den Tod des Zaren anstrebte, ließen Lenin schon früh ein politisches Interesse für die Ungerechtigkeit um ihn herum entwickeln.

1902 schrieb Lenin ein Werk, dass ihn bekannt werden ließ. In „Was tun?" skizzierte er den Aufbau einer neuen Art der Partei sowie die Notwendigkeit der proletarischen Revolution (also der der Arbeiter*innen). Unter den Eindrücken der russischen Revolution von 1905 wurden seine theoretischen Ideen um die der Räte ergänzt, also Organisationsmodelle die die Macht tatsächlich in die Hände der Arbeiter*innenklasse legen. Lenin war Mitglied der Bolschewiki, die ein Produkt der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei Russlands waren und im Gegensatz zu den Menschewiki, den Teil stellten der einen radikalen Umbruch durch die Arbeiter*innen befürwortete.

Nach Beginn des ersten Weltkrieges und den andauernden Verlusten, die Russland davontragen musste, radikalisierten sich die Bäuer*innen, Arbeiter*innen und Soldaten. 1917 nach der Februarrevolution lag die Macht praktisch auf der Straße, doch Lenin war einer der wenigen die dieses Potenzial wahrnahmen. Er veröffentlichte die „Aprilthesen" in denen er die Notwendigkeit beschrieb, dass die Arbeiter*innen jetzt und nicht erst irgendwann die Macht ergriffen, und das Ex-Zarentum nicht der provisorischen Regierung überließen.

Lenin starb 1924, drei Jahre nach Gründung der Sowjetunion und konnte so deren Degeneration unter Stalin nicht mehr miterleben.



#METOO UND CAUSA PILZ

Wenngleich die Tatsache, dass die Film- und Unterhaltungsindustrie, allen voran Hollywood, nicht gerade die fortschrittlichste Branche ist, keine große Überraschung darstellt, waren die Enthüllungen um den Filmproduzenten Harvey Weinstein doch erschütternd, wenn man bedenkt in welchem Ausmaß Weinstein Frauen über Jahrzehnte hinweg belästigte, zu sexuellen Handlungen nötigte oder gar vergewaltigte.

Doch Harvey Weinstein ist längst kein Einzelfall, vielmehr ist es der traurige Alltag, dass Frauen oftmals mit sexuellen Grenzüberschreitungen konfrontiert sind.
Ausgehend von dem Weinstein-Skandal zeigten unzählige Betroffene auf sozialen Netzwerken wie Twitter und Facebook unter dem Hashtag „#metoo" auf, wie „normalisiert" sexuelle Grenzüberschreitungen im Alltag sind. Dies liegt nicht zuletzt an den patriarchalen Strukturen, die weiterhin zahlreiche Betroffene in soziale und ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse drängen, sowie dem gesellschaftlichen Umgang mit sexuellen Straftaten, wo die Schuld nicht selten den Betroffenen selbst gegeben wird und Täter nur in den wenigsten Fällen auch wirklich strafrechtlich verfolgt werden. Die Allgegenwärtigkeit stereotypischer und sexualisierter Darstellungen von Frauen, die Art und Weise der Sozialisierung, in der Betroffenen vermittelt wird, wie man vermeidet sexuell belästigt zu werden, anstatt Tätern beizubringen nicht sexuell zu belästigen, spielen ebenso eine entscheidende Rolle.

Rückschrittliche Reaktionen, die versuchen das Leid der Betroffenen hinunterzuspielen, ihnen vorwerfen auf der Welle mit zu schwimmen, oder gar vor einer Hexenjagd gegenüber Männern sprechen, zeigen hierbei prägnant wie die Aufmerksamkeit und die Schuld auf die Betroffenen selbst gelenkt wird, anstatt die tatsächlichen Probleme zu thematisieren, und die Täter zu verurteilen. Hier von taktischem Kalkül vonseiten der Betroffenen Frauen zu sprechen zeugt einerseits von einem Unverständnis, welch ungemeiner psychischer und auch körperlicher Stress damit einhergeht wenn man sich als Betroffene von sexuellen Grenzüberschreitungen noch zusätzlich rechtfertigen muss, andererseits von einem Unwissen, dass in nahezu allen westlichen Ländern die Verurteilungsrate von sexuellen Straftaten im einstelligen Prozentbereich liegen.

Letztlich bleibt zu sagen, dass der große Verdienst der #metoo-Netzbewegung, jener ist, dass sie eine Atmosphäre geschaffen hat, in der mehr Betroffene den Mut finden mit ihren Erfahrungen an die Öffentlichkeit zu gehen. Trotzdem muss man sich bewusst sein, dass die „Dunkelziffer" bezüglich sexualisierter Grenzüberschreitungen noch viel höher ist, nicht jede Person ist in einem Umfeld in dem ein Bekenntnis zu #metoo keine oder wenige Konsequenzen hat. Genausowenig wie Betroffene Personen auch nicht die Verpflichtung haben ihre Geschichten zu teilen. Was allerdings erstaunlich ist, dass es erst einen Aufruf von berühmten Persönlichkeiten braucht, um anzuerkennen das sexuelle Belästigung ein alltägliches Problem fast aller Frauen ist.
Nachdem in den letzten Tagen und Wochen im Zuge der #metoo-Netzbewegung immer mehr Skandale aufgedeckt wurden, wird nun auch Peter Pilz beschuldigt, mehrere Frauen sexuell belästigt zu haben. Die Taten reichen von sexuell ausfälligen Kommentaren und Handlungen bis hin zum Versuch Frauen gegen ihren Willen zu küssen. Pilz kündigte daraufhin seinen Rückzug aus der Politik an und verzichtete auf die Annahme seines Mandates, ließ sich aber die Rückkehr als parlamentarischer Mitarbeiter offen. Dieser Rücktritt und das eingestehen der eigenen Fehler ist aber noch lange keine antisexistische Handlung.
Das Problem ist strukturell und auch wenn Pilz es gerne so darstellt, ist sein Rückzug kein „Heldenakt" sondern nur das absolute Minimum auf Vorwürfe solcher Art zu reagieren. Ebenso äußerte er den Verdacht, dass gegen ihn eine politische Rachekampagne ausgefochten wird, was von den Medien und Unterstützer*innen seiner Liste nochmals angefacht wird. Gerade jene Fälle, in denen die Täter politisch und/oder ökonomisch wichtige Positionen innehaben, ist es für die Betroffenen meist umso schwieriger mit der Situation umzugehen, da sie sich oftmals dann noch solche Beschuldigungen gefallen lassen müssen – wiederum ein prägnantes Beispiel für die vormals beschriebenen Mechanismen des „Victim-Blamings" - also Täter-Opfer-Umkehr.
#metoo ist ein Anfang. So viel Medienwirksamkeit auf ein strukturelles Problem zu lenken und nicht auf Einzel-Vorfälle ist ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings fehlt ein gewisser Aspekt vollkommenund zwar der des Klassenaspekts. Sexismus kann in unserer Gesellschaft nicht dauerhaft abgeschafft werden, ein weiterer Beweis dafür ist z.b, die Wirkung die der oben genannte hashtag sogar in unserer „offenen und befreiten" Welt auslöst. Sexistische und Grenzüberschreitende Vorfälle werden in einer Gesellschaft in der „keine Unterdrückung der Frau mehr existiert", Tag für Tag aufs neue ans Tageslicht gebracht. Deshalb brauchen wir eine Alternative. Kämpfen wir gemeinsam für eine wirklich befreite Welt in der mit dem Kapitalismus und der Frauenunterdrückung endgültig abgeschlossen wird.

WIE DEMOKRATISCH IST ÖSTERREICH?

„Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus."
So beginnt die österreichische Verfassung. Wir leben in einer Demokratie.

Die gesamte westliche Welt ist demokratisch. All das wird uns unser Leben lang vorgesagt – doch ist diese Demokratie wirklich so fair wie man es uns einzureden versucht?

Immer wieder werden wir zur Wahlurne gebeten. Nationalratswahlen, Landtagswahlen, Gemeinderatswahlen, Bundespräsidentschaftswahlen. Doch wer sind „wir", diejenigen die wählen dürfen? Und wer hat aller keine Stimme? Wen dürfen wir wählen? Und was ist mit den Jahren zwischen den Wahlen?

Wer darf unsere „demokratischen Rechte" wahrnehmen?

Bei der Bundespräsidentschaftswahl 2016 waren 6.382.507 Menschen wahlberechtigt, 42.830 davon lebten zu diesem Zeitpunkt nicht in Österreich. Gleichzeitig lebten im Jahresdurchschnitt 2016 8.739.806 Menschen in Österreich. Das ergibt eine Gesamtzahl von etwa 2.400.129 Menschen die zu diesem Zeitpunkt zwar in Österreich lebten, aber nicht das Recht hatten auf einen Wahlzettel ein Kreuz zu machen. Knapp die Hälfte davon wurden aufgrund ihres Alters ausgeschlossen – weil die Behörden willkürlich festgelegt hatten, dass man mit dem 16. Geburtstag jenen Punkt erreicht wo man über die eigene Zukunft und die der gesamten politischen Entwicklungen mitbestimmen darf, wobei das in anderen Ländern meist erst bei 18 ist. Die andere Hälfte sind wohl einige gerichtlich Verurteilte, aber vor allem Menschen ohne österreichische Staatsbürger*innenschaft die zwar hier leben, den Gesetzen und sonstigen politischen Entscheidungen genauso unterworfen sind wie alle anderen, denen allerdings das Recht abgesprochen wird mitzubestimmen wer diese Entscheidungen trifft.

Doch auch zahlreiche Wahlberechtigte entscheiden sich dagegen zur Urne zu gehen, vermutlich, weil sie kein Vertrauen in das System oder keine Lust auf die Entscheidung zwischen Pest oder Cholera haben. Die Wahlbeteiligung lag bei 72, 75%, von denen aber 3,56% ungültig wählten. Das ergibt, dass in Summe 4.472.171 von 8.739.806 bei Wahl eine gültige Stimme abgaben, also knapp über der Hälfte der in Österreich Lebenden. 2.251.517 von ihnen bildeten die knappe Mehrheit für Alexander Van der Bellen – das bedeutet kurzgefasst, dass knapp über ein Viertel der österreichischen Bevölkerung die ach-so-demokratische Wahl traf.
Ist das Demokratie?

Wen dürfen „wir" wählen?

Die Summe der sogenannten passiv wahlberechtigten – also der Menschen die sich zur Wahl stellen dürfen ist nochmal geringer als die der oben beschriebenen aktiv Wahlberechtigten. Bei den meisten Wahlen muss man nicht nur österreichische*r Staatsbürger*in sein, und darf ein bestimmtes Strafmaß nicht überschreiten, auch die Altersgrenze ist beim passiven Wahlrecht höher als beim aktiven, unter 18-Jährige dürfen sich nicht zur Wahl stellen. Bei der Präsidentschaftswahl liegt die Altersgrenze für das passive Wahlrecht sogar bei 35 Jahren, jüngeren Menschen ist das Recht als Bundespräsident*in zu kandidieren verwehrt.

Hinzu kommt, dass nicht im Nationalrat vertretenen Parteien die Kandidatur bei der Nationalratswahl um ein vielfaches schwerer gemacht wird. Wer nicht mindestens drei Abgeordnete hat, die den Wahlvorschlag unterstützen, muss in der Bevölkerung bereits vor der Wahl 2.600 Unterstützungserklärungen für eine bundesweite Kandidatur sammeln.
Ist das Demokratie?

Was passiert zwischen den Wahlen?

Nach der Wahl werden Koalitionen geformt, bei denen wir kein Mitspracherecht haben. Es werden Minister eingesetzt die wir nicht erreichen können. Die Abgeordneten können entscheiden was sie wollen, können ihre Wahlversprechen brechen, ihre Wähler*innen verraten und auch Partei wechseln, ohne jegliche Konsequenz. Sie sind uns keine Rechenschaft schuldig, wir können sie nicht so einfach abwählen.

Doch die Legislative und die Exekutive, Polizist*innen, Richter*innen, Staatsanwält*innen und so weiter, all jene können wir nicht mal ansatzweise wählen. Der Staat hat das sogenannte Gewaltmonopol, doch wir können nicht mitbestimmen wer diese Gewalt ausübt.

WIR SIND NICHT ALLE!

ES FEHLEN DIE GEFANGENEN!

FREE PAT!